

Nahverkehr: Land vergisst eigenen Gesetzentwurf

Teufel fehlt bei Abstimmung - Kritik an Lkw-Maut

(Stuttgarter Nachrichten 27.03.2002)

Stuttgart - Einen „schwarzen Freitag“ hat Landesverkehrsminister Ulrich Müller (CDU) die Abstimmung im Bundesrat über die künftige Verkehrsfinanzierung genannt und die Bundesregierung scharf kritisiert. Doch das Land ist selbst schuld, dass der eigene Gesetzentwurf scheiterte.

VON FRANK SCHWAIBOLD

Monatelang hatte sich der Südwesten auf die Novellierung des Regionalisierungsgesetzes vorbereitet. Es regelt, wie viel Mittel die Länder für die Finanzierung des Nahverkehrs auf der Schiene bekommen. Bundesfinanzminister Eichel (SPD) wollte nur noch 6,5 Milliarden Euro bewilligen. Die Verkehrsministerkonferenz der Länder hatte 7,1 Milliarden Euro gefordert. Am Freitag im Bundesrat stand schließlich der gemeinsame Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein unter Tagesordnungspunkt 19 zur Abstimmung. Eigentlich nur noch eine Formsache, da auch die SPD-regierten Länder mehr Geld für den Nahverkehr benötigen. Schließlich will sich die Bahn von ihren Interregios trennen. Doch nach der tumultartigen Debatte um die Zuwanderung herrschte Chaos. Die von Baden-Württemberg maßgeblich vorangetriebene Initiative scheiterte, weil die unionsregierten Länder zu diesem Zeitpunkt den Saal unter Protest verlassen hatten.

Selbst ein von Schleswig-Holstein in letzter Minute eingebrachter Kompromiss, der zumindest die Fortschreibung des Status quo mit 6,7 Milliarden Euro vorsah, fand keine Mehrheit. Die verbliebenen Länder hatten zwar gerade noch die notwendige Stimmenzahl von 35. Da sich jedoch Brandenburg enthielt, fehlten vier Stimmen. Im Klartext: Wäre Baden-Württemberg anwesend gewesen, hätten seine sechs Stimmen zumindest dem Kompromiss zur Mehrheit verholfen. Müller beklagt, dass „nach dem brutalen Einschnitt des Bundes“ ein Ersatz für die Interregios „in immer weitere Ferne rückt“. Nach Angaben des grünen Verkehrsexperten Boris Palmer will jedoch das Bundeskabinett den Antrag von Schleswig-Holstein bis zur erneut einbringen.

Die zweite schlechte Nachricht ist aus Sicht des Landes das verabschiedete Lkw-Maut-Gesetz. Auch hier konnte sich Eichel durchsetzen, der jährlich zusätzlich bis zu 400 Millionen Euro kassiert. Für Baden-Württemberg bedeute dies, so Müller, dass mindestens eine große Ortsumfahrung pro Jahr nicht gebaut werden kann.